

**Rede
von**

Oliver Lottke, MdL

zu TOP Nr. 36

Erste Beratung

**Soziale Beratung in Niedersachsen weiterentwickeln -
Zugänge verbessern und Menschen wirksam
unterstützen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- Drs. 19/9620

während der Plenarsitzung vom 29.01.2026
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Stellen Sie sich folgende Situation vor: Eine junge Mutter sitzt abends am Küchentisch. Die Kinder schlafen. Vor ihr liegen Briefe vom Vermieter, vom Jobcenter, von der Krankenkasse. Sie versteht vieles nicht. Nur eines ist klar: So, wie es gerade läuft, geht es nicht weiter. Oder denken Sie an einen älteren Mann, der seit Monaten seine pflegebedürftige Frau versorgt. Er ist erschöpft, überfordert und weiß nicht, an wen er sich wenden soll. Oder denken Sie an eine geflüchtete Familie, die im Dschungel deutscher Anträge Orientierung sucht.

Wer hilft, wenn man nicht mehr weiterweiß? Es sind die Menschen in der sozialen Beratung. Sie arbeiten nicht laut, nicht spektakulär, oft im Hintergrund, aber sie wirken. Sie sind die unsichtbare Feuerwehr unserer Gesellschaft, und sie sind für viele Menschen der entscheidende Wendepunkt.

Niedersachsen verfügt über ein gut ausgebautes Netz sozialer Beratungsangebote, getragen von Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege, von freien und kommunalen Trägern, von engagierten Fachkräften, die täglich mit hoher Kompetenz und großem Einsatz helfen. Das Subsidiaritätsprinzip hat sich dabei bewährt: Hilfe am Menschen, vor Ort und passgenau.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Realität der Ratsuchenden hat sich verändert. Probleme kommen heute selten allein: finanzielle Sorgen treffen auf psychische Belastungen, Pflegeverantwortung auf Überforderung, Migration auf komplizierte Rechtsfragen. Die Lebenslagen der Menschen sind komplexer geworden, und damit auch die Anforderungen an die soziale Beratung. Und gleichzeitig stehen die Beratungsstellen selbst unter einem enormen Druck: Fachkräftemangel, steigende Kosten, begrenzte Mittel und eine Beratungslandschaft - das gehört auch zur Wahrheit - die aus Sicht der Ratsuchenden oft unübersichtlich ist. Viele Menschen wissen schlicht nicht: Wohin gehe ich zuerst? Wer ist zuständig?

Die Allgemeine Soziale Beratung ist das, was im Gesundheitssystem die Hausärztin oder der Hausarzt ist. Die erste Anlaufstelle, die Lotsin, der Lotse, die Person, die zuhört, die sortiert, die Orientierung gibt und an die richtigen Stellen weitervermittelt. Teilweise, wenn das zügig geht, reicht auch die Allgemeine Sozialberatung, um die Probleme in den Griff zu bekommen. Voraussetzung ist aber, dass es zügig und unkompliziert funktioniert. Und genau hier setzt unser Antrag an.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir wollen, dass soziale Beratung auch in Zukunft wirksam hilft, dann müssen wir sie strategisch weiterentwickeln - nicht hektisch, nicht ideologisch, sondern wissenschaftlich fundiert und gemeinsam mit der Praxis, mit den Praktikerinnen und Praktikern. Wir wollen die Trägerlandschaft in die Erarbeitung der Zielvorstellungen mit einbeziehen und ebenso - und das ist wichtig -

die Perspektiven und Bedarfe der Ratsuchenden, insbesondere mit Blick auf verständliche Zugänge, Orientierung und Begleitung durch das Hilfesystem. Nach Möglichkeit sollen auch die Erfahrungen weiterer Strukturen wie zum Beispiel der Landesarmutskonferenz mit in den Prozess einfließen. Deshalb fordern wir eine externe wissenschaftliche Untersuchung zur Weiterentwicklung der sozialen Beratung in Niedersachsen.

Diese Untersuchung soll drei zentrale Fragen beantworten:

Erstens: Wie sieht eine Beratungsstruktur aus, die für alle Menschen gut erreichbar ist, verständlich und langfristig tragfähig? Dabei legen wir den Fokus bewusst auf niedrigschwellige Erstangebote wie etwa die Allgemeine Sozialberatung, Angebote also, die Orientierung geben, Probleme sortieren und den Menschen sicher durch das Hilfesystem lotsen. Gleichzeitig soll untersucht werden, wie diese Erstberatung mit den gut spezialisierten Diensten verzahnt werden kann. Gerade in einem Flächenland wie Niedersachsen ist das besonders wichtig.

Zweitens: Wir brauchen eine ehrliche Bestandsaufnahme. Wie sieht die Beratungslandschaft heute aus? Wo gibt es regionale Unterschiede? Welche Zielgruppen werden gut erreicht? Welche Zielgruppen werden aber nicht gut erreicht? Wo hakt es bei Kooperation, Finanzierung oder bei Fachkräften? Nur wer weiß, wo er steht, kann auch entscheiden, wohin er will.

Und drittens: Aus der Analyse müssen konkrete Schritte abgeleitet werden - fachlich, organisatorisch, strukturell und, wenn nötig, auch rechtlich. Es geht um Erreichbarkeit, Qualifikation, digitale Unterstützung und um Ressourcen. Es geht darum, zu prüfen, ob gesetzliche Rahmenbedingungen noch zu den heutigen Anforderungen passen. Warum ist das so wichtig? Weil soziale Beratung eine tragende Säule der Daseinsvorsorge ist. Ohne sie geraten Menschen schneller in Armut, Isolation und gesundheitliche Krisen. Und das ist, glaube ich, ein Punkt, den wir nicht aus dem Fokus verlieren dürfen: All das geht einher mit hohen sozialen und auch wirtschaftlichen Folgekosten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Paritätische Gesamtverband stellt in seinem Armutsbericht 2025 fest: Die Armutsquote ist in Deutschland im Jahr 2024 weiter auf 15,5 Prozent gestiegen. Das entspricht rund 13 Millionen Menschen, die als arm gelten. Gleichzeitig warnt die Freie Wohlfahrtspflege vor dramatischen Fachkräftengpässen, insbesondere in der Beratung und in der Sozialarbeit. Wenn wir also heute nicht handeln, riskieren wir, dass genau die Stellen überlastet werden, die Menschen in Not den ersten Halt geben sollen.

Diese Untersuchung ist deshalb eben keine zusätzliche Bürokratie. Sie ist eine Investition in Verlässlichkeit, Qualifikation und Zukunftsfähigkeit. Sie bindet - und das

ist wichtig - die Trägerlandschaft ein, nutzt vorhandene Expertise und schafft eine belastbare Grundlage für politische Entscheidungen. Und sie passt zu dem, was wir im Koalitionsvertrag versprochen haben: Armut bekämpfen, Ausgrenzung verhindern, die soziale Infrastruktur an gesellschaftliche Veränderungen anpassen.

Meine Damen und Herren, am Ende geht es um eine einfache, aber entscheidende Frage: Wie sorgen wir dafür, dass Menschen in schwierigen Lebenslagen nicht den Mut verlieren, sondern Unterstützung finden? Unser Antrag gibt darauf eine klare Antwort: Mit verständlichen Zugängen, mit Orientierung statt Ohnmacht, mit einer sozialen Beratung, die auch morgen noch trägt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir leben aktuell in wirklich herausfordernden Zeiten. Auch bei uns in Niedersachsen benötigen die Menschen Unterstützung und Orientierung, gerade die, die in Not geraten sind.

Zu einem funktionierenden Staat gehört ein verlässliches und niedrigschwelliges Beratungssystem. Und ich bin zutiefst davon überzeugt: Ein gut aufgestelltes Beratungssystem in Niedersachsen ist demokratiefördernd, und es stärkt die Resilienz gegen populistische Parolen. Die Menschen wollen einen funktionierenden Staat.

Ich freue mich auf die Beratung im Sozialausschuss.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.